

Die Freiheit... Einzelpreis 10 Pfg. ...

Vertrieb... Einzelpreis 10 Pfg. ...

Die Freiheit Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Freitag, den 28. Februar 1919

Nummer 106

Vor der Entscheidung in München.

Der bayerische Rätekongress.

Privattelegramm der „Freiheit“.

München, 27. Februar.

Der Kongress der bayerischen Soldaten-, Arbeiter- und Bauern... heute den ganzen Tag geflohen. Die Debatten waren zum Teil äußerst heftig.

Die Debatten des Tages brachten zwei große Reden. Am Vormittag sprach der Reichsjournalist Löwenfeld, der sich in ziemlich scharfen Worten gegen die Politik der Ebert und Seidemann wandte.

Am Nachmittag sprach Dr. Lewin. Im Gegensatz zu Löwenfeld forderte er die rasche und endgültige Aufhebung der Diktatur des Proletariats.

Rast Lewin sprach der Unabhängige Brechm aus Augsburg, der die Standpunkte von Löwenfeld und Lewin zu vereinbaren suchte.

München, 27. Februar. (M. T. B.) Die heutige Sitzung des Kongresses der A., B. und S.-Räte bezieht die Verfassung des freien Volksstaates Bayern.

Es wird der Öffentlichkeit und dem Alterspräsidenten Dr. Höger mitgeteilt, daß der Landtag aus Gründen seiner eigenen Sicherheit in Betracht der Volksstimmung verlorf bleibe.

Der Kongress hat beschlossen, die provisorische Zentralrat der Arbeiter- und Bauernrat zusammenzutreten.

Der Kongress hat beschlossen, die provisorische Zentralrat der Arbeiter- und Bauernrat zusammenzutreten.

Der Kongress hat beschlossen, die provisorische Zentralrat der Arbeiter- und Bauernrat zusammenzutreten.

Der Kongress hat beschlossen, die provisorische Zentralrat der Arbeiter- und Bauernrat zusammenzutreten.

Der Kongress hat beschlossen, die provisorische Zentralrat der Arbeiter- und Bauernrat zusammenzutreten.

Der Kongress hat beschlossen, die provisorische Zentralrat der Arbeiter- und Bauernrat zusammenzutreten.

ganze Band beschließt. (Starker Beifall der Mehrheitssozialisten.) Wir wollen alles tun, was dem Proletariat dienlich ist, und wollen es zusammen führen. Die Mehrheitssozialisten wollen die Räte, und zwar in einem reicheren Ausbau als unsere Minister es leidet vertreten haben, aber wir wollen die Massen vor ungeheuren Enttäuschungen bewahren.

Die Sitzung wird bis Nachmittag unterbrochen.

Der Aus nach links.

München, 27. Februar. (Sig. Drahtber.) Es ist heute abend eine Resolution eingebracht worden, über die morgen früh abgestimmt wird und wodurch der Rätekongress die Souveränität des Volkes erklärt, und solange bleibt, bis alles, was das Volk will, durchgeführt wird.

Die Einigkeit des Proletariats befindet sich auf dem besten Wege. Es gibt keine wesentlichen Unterschiede mehr. Der äußerste linke Flügel wurde heute a. B. mit sehr großer Ruhe angehebt.

Unabhängige Mehrheit in Gotha.

Gotha, 27. Februar. Bei den Wahlen zur Gothaer Landesversammlung erhielten die Unabhängigen 421 955, die Demokraten 17 926, die Deutschnationalen 12 323, die mit den Deutschnationalen verbundene Liste Gröbel (Rechtswirtschaftler) 3264 und die Mehrheitssozialisten 7530 Stimmen.

Die Zukunft Deutsch-Böhmens.

Bern, 27. Februar. Die „Neue Zürcher Zeitung“ teilt zu den vom 10. bis 22. Februar in Bern zwischen Vertretern Deutsch-Böhmens und der Exzentriktatagelundenen Verhandlungen über die Zukunft Deutsch-Böhmens folgendes mit: Die amerikanische Delegation bei der Wirtschaftskonferenz stellte nach Anhörung der deutsch-böhmischen Kommission den Antrag, daß die Autonomie Deutsch-Böhmens an den tschechoslowakischen Staat solange in der Schwebe bleibe, bis eine Volksabstimmung stattgefunden habe.

Ein Anfang.

Subazpe, 27. Februar. (T. U.) Unter der Beschuldigung der Mitschuld am Reizege sind gestern verhaftet worden: Der ehemalige Ministerpräsident Dr. Welcker, der frühere Staatssekretär Markgraf Pallavicini sowie Graf Johann Karolyi, ein Bruder des Präsidenten, sowie der Bischof von Strakonitz Graf Ditz. Für heute stehen weitere Verhaftungen bevor.

Offenbarer Bankeroll.

Höher und höher branden die Streikwellen. Ein Ort nach dem anderen, eine Arbeiterklasse nach der anderen wird in den Strudel hineingezogen. Die Bewegung ist nicht organisiert, die Arbeiter handeln zu einem großen Teil unabhängig voneinander, und doch wird die Bewegung immer allgemeiner.

Die Bewegung, die wir gegenwärtig erleben, ist von der Regierung in der fürchterlichsten Weise provoziert worden. Seit dem Beginn der Revolution erwarten die Bergarbeiter die Sozialisierung des Bergbaues als eine Selbstverständlichkeit.

Als die Bergarbeiter im Ruhrrevier zur Selbsthilfe schritten, mußte sich die Regierung zu Zugeständnissen bequemen. Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier aber hat sie in der Frage der Bedenräte die Arbeiterforderungen unberücksichtigt gelassen und damit den Streik hervorgerufen.

Zunächst glaubte die Regierung rasch damit fertig werden zu können; man brandete ja nur Truppen hinzuschicken. Aber der Streik ist rasch über seinen Ursprungsort fortgegangen, die Eisenbahner haben sich ihm angeschlossen, ganz Sachsen ist von ihm ergriffen.

Und noch mehr. Es ist selbstverständlich, daß eine so große Streikbewegung unter den heutigen Verhältnissen politischen Charakter annimmt und sich gegen die Regierung wendet, die immer wieder ihre Unfähigkeit zeigt, für die Arbeiterklasse mit der Arbeiterklasse Politik zu treiben.

Die Frage der Sozialisierung des Bergbaues ist ja ein Musterbeispiel. Trotzdem sie seit den ersten Tagen der Revolution brennend war, trotzdem der Rätekongress einstimmig die sofortige Sozialisierung des Bergbaues gefordert, hat die Regierung nichts Wesentliches getan.

Die Regierung es unterlassen. Jetzt hat die Sozialisationskommission der Regierung einen Plan für die Sozialisierung des Bergbaues übergeben, der vielleicht eine brauchbare Grundlage für das sofort nötige Handeln bieten würde.

Und so werden die Dinge fortgehen, wird die Unruhe der Arbeiterklasse wachsen, das wirtschaftliche Chaos zunehmen, bis endlich die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit selbst die Wahrheit begreift, daß nur eine entschlossene, zielklare sozialistische Politik die Situation noch retten kann.

Die Entwicklung hat sich genau so vollzogen, wie wir es hier vor mehr als einem Monat, als der erste Plan einer Koalitionsregierung aufstande, vorausgesagt haben.

Eine solche Reaktion, kribelen wir damals, wäre absolet reaktionärsunfähig. Glaubte man denn, daß die Arbeiterklasse, die nach dem Zusammenbruch des alten Weltsystems endlich zum Bewußtsein ihrer Macht gekommen ist, ruhig zusehen würde, wie das Völkertum wieder mit Hilfe der rechtssozialistischen Führer politisch und ökonomisch in den Sattel geiekt würde?

Wenn sie eine Spur politischer Voraussicht besitzen, müßten sie sich doch lauen, daß der Widerstand gegen den Sozialismus, den eine solche Koalitionsregierung leisten würde, nur ein unbedeutendes Spielchen wäre.

Die Arbeiterklasse hat sich genau so vollzogen, wie wir es hier vor mehr als einem Monat, als der erste Plan einer Koalitionsregierung aufstande, vorausgesagt haben.

Wenn der sozialistische Neuaufbau nicht von der K... frale aus veranfaßt, aber auch mit aller Energie in An... griff genommen wird, dann wird sich — und da werden alle... Beden und selbst die Gewaltpolitik eines Roske nichts daran... ändern — die Arbeiterklasse nicht zurückhalten lassen, über... all selbst vorzugehen. Und dann bekämen wir nicht Sozial... ismus, sondern einen wirtschaftlichen Sozialismus... mus, der ein Unsalz wäre.

Die Koalitionsoberleitung würde ja versuchen, mit... allen Gewaltmitteln dem entgegenzutreten. Aber... das würde nur bedeuten, daß die deutsche Wirtschaft vollends... ruiniert, neue Wirren heraufbeschworen, der... Bruder mord verewiat wird. Wenn die Ebert, Scheidemann... und Landsberg meinen, ihrer Regierung durch Veranlebung... von Bürgerlichen größere Sicherheit geben zu können, die... sozialistische Neuordnung vertagen und in aller Ruhe die rein... demokratischen Errungenschaften befestigen zu können, dann... geben sie sich einem Ich wozu und verbananisch vol... len Art zu hin. Diese Politik würde nur neue Un... heil heraufbeschwören, die Kämpfe in der Arbeiterklasse... selbst noch erbitterter gestalten und die Gefahren der Soaen... revolution in nächste Nähe rücken. . . .

Wir Unabhängigen Sozialdemokraten erheben mit... allem Nachdruck Einspruch gegen diese Politik der... rechtssozialistischen Führer, und wir warnen alle Arbeiter... ihnen auch noch auf diese Bahn, die zum Abgrund führt, zu... folgen.

Unsere Warnung ist damals ungehört verhallt. Unter... dessen haben die Ereignisse geiproden. Kostbare Zeit ist... veräuimt worden, und eine Lebensfrage ist es, daß jetzt... wenigstens nicht noch mehr Zeit verloren wird. Es wird... immer deutlicher, daß die Arbeiterklasse selbst ein ent... scheidendes Wort sprechen muß.

Wie die Dinge heute liegen, gibt es dafür nur ein... Organ, den allgemeinen deutschen Räte... konarek. Der Zentralrat muß sich sagen, daß der... Zeitpunkt des Zusammentritts des Rätekonarekes nicht... bis zum 23. März hinausgeschoben werden darf. Denn... Gefahr ist im Verzuge. So wie bisher kann es un... möglich weitergehen. Die Politik der Regierung wird von... Tag zu Tag unerrätlicher und achtet immer neues Ver... derben. Die Gewaltpolitik steht vor dem... Bankrott, und es ist die höchste Zeit, daß die Arbeiter... klasse endlich diese Politik liquidiert!

Ein neuer Vorstoß gegen das Kältesystem.

Berlin, 27. Februar. In der gestrigen Sitzung der mehr... heitssozialistischen Arbeiterräte für Groß... Berlin wurde folgende Entschlieung gefaßt:

Die kommunalen Arbeiterräte der Sozialdemokratischen... Partei Deutschlands für Groß-Berlin erklären, daß nachdem die... Stadt- und Gemeindevorwahlen auf Grund des allgemeinen... gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts erfolgt und die Ver... waltungen in Tätigkeit getreten sind, ein Weiterbestehen... dieser Räte nicht mehr erforderlich ist.

Sollen die sozialistischen Aufgaben innerhalb der Stadt- und... Landgemeinden erfüllt werden, so ist es von dringender Not...wendigkeit, daß die Erfüllung lediglich in die Hände der gewähl... ten Vertreter gelegt wird, da sonst das Selbstverwaltungsrecht... der betreffenden Gemeinden schwer gefährdet, wenn nicht unter... bunden wird.

Das Kontrollrecht kann lediglich in die Hände der am Orte... befindlichen politischen Organisationen gelegt werden.

Betreffend die Einwirkung auf die Stadt- und Gemeindevor... stände kann diese lediglich von den gewählten Stadt- und Ge... meindevorordneten ausgeübt werden.

Aus all diesen Gründen erachtet die Konferenz es für zweck... mäßig, daß nach den oben bezeichneten und vorgelegten Tat... sachen, die kommunalen Arbeiterräte zurück... treten und kommunale Fragen nicht mehr als Aufgaben des... Volkstages erachtet werden.

Die Erklärung der mehrheitssozialistischen Arbeiterräte... ist insofern inkonsequent, als sie, ungeachtet der Demokrati... sierung der Gemeindevertretungen, die Notwendigkeit eines... Kontrollrechts seitens der politischen Organi... sationen anerkennt. Damit geben die Mehrheitssozia... listen zu, daß sie die kommunalen Arbeiterräte als solche... nicht wünschen und deren Abdonung fordern, obwohl sie... auch jetzt ihre Kontrollfunktionen auszuüben hätten. Diese... Inkongruenz deckt die eigentlichen Ursachen des neuen Vor... stoßes gegen die Räte auf, über den die morgige Verlamun... gung der Groß-Berliner kommunalen Räte noch ein Wort... chen zu sagen haben wird.

Die Parteien des preußischen Landtages.

Die verfassunggebende preußische Landesversammlung legt... sich nach einem amtlichen Verzeichnis wie folgt zusammen:
S. B. D. 145 Abgeordnete, U. S. V. D. 24, Deutsche Demokraten... 65, Zentrum 88, Deutschnationalen 50, Deutsche Volkspartei 21,
Deutsche Lannoversche Partei 7 und ein Mitglied der Schleswig-... Holsteinischen Landespartei

Die Mitglieder der Unabhängigen sozialdemokratischen... Partei sind folgende Genossen: Hel. Brendtje-Berlin, Ehrh... angel, Nigantensbrunn, Eisleben, Dr. Goh... n, Rechtsanwalt, Berlin, Hennig, Schriftleiter, Halle, A. Hoff... mann, Buchhändler, Berlin, Paul Hoffmann, Gostrow, Berlin, Frau John-Erfurt, Klaußner-Stralau, Klein... sprecher, Schriftleiter, Nordhausen, Klodt, Gärtler, Adlershof, Leid, Redakteur, Berlin, Lichtenstein, Rechts... anwalt, Gubenburg (Clerfschienen), Ludwig, Parteisekretär, Dagen (Westfalen), Rehrhol, Schriftleiter, Erfurt, Kengel... Kaufmann, Halle, Obus, Rechtsanwalt, Düsseldorf, Dr... Rosenfeld, Rechtsanwalt, Berlin, Sömilch, Parteisek... retär, Schruidt b. Halle, Schöffler, Expedient, Bernsd... lichen, Stöcker, Redakteur, Eberfeld, Dr. Wehl, Kgl. Berlin, Windau, Parteisekretär, Leipzig, Witzke, Lagerhalter, Bismarck und Reigler, Monteur, Breslau.

Macdonald zu Eisners Tod.

Amsterdam, 27. Februar. Im „Manchester Guar... dian“ schreibt Ramsay Macdonald anlässlich der... Ermordung Eisners, wenn man in Paris überhaupt... etwas von Staatskunst versteht, so werde man über die... wahre Bedeutung des in München Geschehenen nicht hinweg... sehen. Eine der dringendsten Fragen sei die Festlegung der... allgemeinen Friedensbedingungen, damit die Geister in... Mitteleuropa sich mit anderen Gedanken beschäftigen könn... ten, als mit denen des Chaos im eigenen Lande. Macdonald... weist auf die Möglichkeit hin, daß die Regierung Scheide... mann von einer revolutionären Regierung verdrängt werden... könnte. Nur ein Verbrecher könnte eine solche Fortsetzung... des Krieges mit leichtem Herzen und einem Schweißaus... anschauen. Gerade jetzt wäre es leicht, der Kaiserin Einhalt... zu tun und das Opfer Eisner zur Rettung der Welt zu ver... wenden.

Der neuerstandene Reichslügenverband.

„Bürgerliche Flugblattzentrale“ heißt die... Firma. Sie versendet ein Empfehlungsschreiben, in dem es u. a... heißt:

„Solange die Sozialdemokratie bei den Wahlen nicht über... eine absolute Mehrheit verfügt, kann das deutsche Bürger... tum noch getrieben, der Zusammenbruch der deutschen Volksw... wirtschaft noch verhindert werden. Dazu ist dringend nötig... die Arbeiterklasse im bürgerlichen Sinne zu beinhalten.“

Der zweckmäßige Weg, die wirtschaftlich schwachen Volk... kreise zu beeinflussen, ist der direkte Versand von Flugblättern... durch die Post. Der Weg ist bei großer Arbeitslosigkeit... lohnlos, aber er führt am ehesten zum Ziel. Kommt der kleine... Mann ein Flugblatt im Briefumschlag in seine Wohnung... zugest, dann ist er während der Redakteur der Beeinflussung... durch andere gezogen. Er und seine Familienmitglieder lesen... gewöhnlich aufmerksam die Flugblätter durch. Sie können nicht... auf einmal wirken, aber nach und nach wirken sie doch.

Der Reichsverband gegen die Sozial... demokratische „hätte dieses System eingeführt und vor dem... Weltkrieg anlässlich an Dunder, ausende von Arbeiter... abreifen Flugblätter abgedruckt. Da sich nun der Reichsverband... g. B. S. aufgelöst hat, will diese Seite seiner Tätigkeit die... „Bürgerliche Flugblattzentrale“ ausschließlich... übernehmen. . . Sie beginnt mit Flugblättern gegen den Bol... schewismus, zunächst das Dringensste.

Flugblätter über andere Gegenstände werden folgen. Die... Sache ist so gedacht, daß die Arbeitgeber die Kosten der Flug... blätter, die Verendung und Prantatur tragen.“

Ganz so einfach, wie sich diese edle Gesellschaft das vorge... stellen scheint, ist es ja nun nicht, die wirtschaftlich schwachen... Volksteile zu beeinflussen. So leicht wird sich gegenwärtig ein... Arbeiter von den Lügenflugblättern dieser Herren nicht einfangen... lassen. Aber es ist lehrreich, zu sehen, mit was für Mitteln... die bürgerlichen Parteien arbeiten. Dieselben Bürgerlichen... mit denen die Herren Rechtssozialisten Arm in Arm gehen.
Auch das diese Lügenfabrik mit Flugblättern gegen den... Bolshewismus „beginnt“, ist bezeichnend. Das ist zunächst das... „Dringensste“, wie sie sagen. Und was kommt nachher?

Umfichgreifen des Streits.

Leipzig, 27. Februar, vormittags 11 Uhr. (Fig. Drahtber.) Der Generalstreik hat heute morgen begonnen. Es streiken die Straßenbahnen, die Eisenbahn, die Gaswerke, die Elektrizitätswerke vollständig. Es streiken nicht: die Lebensmittelgeschäfte (also: Bäckereien, Fleischereien, Schlachthof und Wasserwerk), Lazarette und Krankenhäuser. Der Eisenbahnverkehr ruht seit gestern nachmittag. Es fahren keine Züge von Leipzig und können auch keine ankommen. Der Verkehr stockt deshalb. Man ist natürlich genötigt, einzelne Züge abfahren zu lassen, damit die Durchreisenden auch weiterkommen. Ebenso liegt der Parlamentszug unterwegs auf der Strecke. Eine Mitteilung, daß er schon weiterfahren konnte, ist in Leipzig noch nicht eingetroffen. Es wieder sich alles ganz glatt ab. Im allgemeinen ruht fast alles. Die bürgerlichen Zeitungen dürfen in Leipzig nicht erscheinen, nur die „Leipziger Volkszeitung“ kommt heraus.

Auch in Dresden waren gestern Demonstrationen.

Leipzig, 27. Februar, 12 Uhr. (Fig. Drahtber.) Der Streik hat auf die Umgebung übergegriffen. Auf zwar bis Eisen... burg und Delitzsch. Der Eisenbahnverkehr ruht vollständig. Er geht im Osten nach Dresden bis Borsdorf; nach Süden, Norden und Westen ruht er vollständig. Seit heute mittag 12 Uhr Gegenstreik der Bourgeoisie. Die Amtshauptmannschaft Leipzig-Land hat ihren gesamten Geschäftsbetrieb eingestellt, auch die Lebensmittelabteilung. Die Beamten auf dem Schlachthof haben die Arbeit eingestellt. Die Beamten der Ortskrankenkasse wollen streiken und morgen die Auszahlung von Krankengeld verhindern. Eine Reihe von städtischen Beamten streiken ebenfalls: Polizeioffiziere und Feuerwehraffiziere. Die Streikleitung Leipzig wird mit Gegenmaßnahmen vorgehen. Sie wird die nach Leipzig kommenden Lebensmittelzüge die von den Eisenbahnern laut Bescheid gesordert werden, durch die Ernährungskommission der Streikleitung auslassen, und die Lebensmittel ausschließlich der arbeitenden Bevölkerung zuführen lassen. Sie wird die Amtshauptmannschaft in eigene Verwaltung übernehmen. Weiter wird sie ähnliche Schritte ergreifen, um die Auszahlung von Krankengeld zu garantieren.

Erfurt, 27. Februar, 12 Uhr vorm. (Fig. Drahtber.) Bis jetzt noch alles ruhig. Es sind keine Kundstreichungen vorgekommen, so wurde u. a. heute morgen gegen 10 Uhr General M... arker, der von Göttinge herübergekommen ist, auf dem Wege zur Kommandantur von einem Mann, der von hinten auf das Auto sprang, durch einen Messerhieb verwundet. Einige Arbeiterratsmitglieder sind jetzt auf dem Wege, um den Fall genau zu untersuchen. In ganz Thüringen wird getreift: Gotha, Langensalza, Sömmerda, Suhl, Gora und den anderen Industriestädten. Alle bürgerlichen Zeitungen dürfen auch in Erfurt nicht erscheinen.

Erfurt, 27. Februar, 6 Uhr nachm. (Eigener Drahtbericht.) Die Lage ist unverändert. Der Eisenbahnverkehr stockt nänzlich. Die Strecke Halle-Weißenfels-Sömmerda ist gesperrt. — General Maerker kam mit seinem Stabe nach Erfurt und wollte nach Weimar. Bei dieser Gelegenheit beabsichtigte er, mit dem Garnisonkommando Rückzüge zu nehmen wegen militärischer Maßnahmen. Man erkannte den General und eine große Menge sammelte sich an, die ständig wuchs und eine drohende Haltung annahm. Der General sah sich genötigt, zu seinem persönlichen Schutz den Arbeiterrat anzurufen. Jetzt ist alles wieder in bester Ordnung, und der General Maerker hat versprochen, keine Truppen weiter nach Erfurt zu senden, wenn der Arbeiterrat für Ruhe und Ordnung sorat. In Nordhausen findet heute abend eine Konferenz statt, die zu dem Generalstreik Stellung nehmen wird. Die Eisenbahner sind einstimmig für den Generalstreik, während die Kolnerwerke eine Urabstimmung verlangen. Durch die Urabstimmung kann ein endgültiger Beschluß erst Sonnabend gefaßt werden.

Magdeburg, 27. Februar, mittags 12 Uhr. (Fig. Drahtbericht.) Ein Teil der Betriebe streikt bereits seit gestern. Das Militär ist vollständig neutral dem Streik gegenüber, wird aber gegen Plünderungen vorgehen. Bei politischen Streiks wird es nicht einschreiten. Heute nachmittag um 2 Uhr findet eine Besprechung der Mehrheitssozialisten, der U. S. V. D. und der Kommunisten mit den Gewerkschaftsvertretern statt.

Hainichen, 27. Februar. (W. T. B.) An dem heutigen ein... tägigen Demonstrationstreffen der heiligen Arbeiterklasse beteiligten sich auch die Betriebe des Elektrizitäts- und Gaswerkes. Die Zeitungen erscheinen nicht.

Die Lage im Ruhrrevier.

Essen, 27. Februar, 12 Uhr mittags (Fig. Drahtber.) Hier ist alles ruhig. Die Wasserabgabe hat stattgefunden. Ebenso in Mülheim. In Bottrop, wo die Regierungstruppen noch sind, streiken die Bergarbeiter, weil die Regierungstruppen noch immer dort haufen. In Oberhausen wird noch getreift, weil die Regierungstruppen noch da sind. Sonst ist alles ruhig, auch die Wasserabgabe hat stattgefunden. In Gomborn ist die Situation sehr unklar. Heute findet eine Sitzung mit dem Generalkommando in Münster und den Arbeiter- und Soldatenräten und den Gewerkschaften statt, welche Klärung bringen soll.

In Düsseldorf sind ganz verworrene Zustände. Bochum und Dortmund wie Essen. Die Lebensmittel sind im Rheinland außerordentlich knapp. Wenn nicht bald Besserung eintritt, sind erneute Unruhen zu erwarten.

Essen, 27. Februar, 1/8 Uhr. (Fig. Drahtbericht.) Durch Telegramm hat das Generalkommando mitgeteilt, daß der gesamte Telephonverkehr für das Industriegebiet unterbrochen wird.

Düsseldorf, 27. Februar. Der Arbeiterrat beschloß den neuen verschärften Generalstreik zur Erzwingung der Bezahlung der Streiktagel. Drei Mitglieder des Arbeitgeberverbandes wurden im Hellengefangnis Derendorf festgesetzt. Die Theater, Hotels und Cafés sind geschlossen, der Straßenbahnverkehr ist stillgelegt.

Koste marschiert.

Wolffs Bureau meldet:
Das Generalkommando in Münster gibt bekannt: Die Zustände in Samborn werden immer hoffloser. Die vom Generalkommando Münster mit der Streikleitung vereinbarten Waffenstillstandsbedingungen werden nicht beachtet. Von alaubwürdiger Seite wurde bekannt, daß Vorbereitungen zur Sabotage getroffen werden und zum Herforden der Röhrichte. Die Bevölkerung wurde durch Schrecken gefährdet. Aus diesen Gründen erfolgte in der Nacht zum 17. Februar der Einmarsch von Reiterungstruppen in Samborn zur Wiederherstellung der Ordnung. Nur am Polizeistützpunkt wurde bestiger Widerstand geleistet. Hier mußte Artillerie in Tätigkeit treten. Die Spartakisten hatten einige Verluste. Das Rathaus wurde von Arbeitern und Bürgern der Stadt besetzt. An Stelle des kommunistischen Arbeiterrats wurde ein neuer Arbeiterrat gewählt. Oberst Gastendul, Inf.-Regt. Nr. 50, Führer der Reitermstruppen, wurde zum vorläufigen Stadtkommandanten von Samborn ernannt.

Gleichzeitig mit den Vorräden in Samborn fand eine Entwaffnung der Reserve und Kolonie Wehofen statt. Die Truppen werden in Samborn verbleiben, bis Ruhe und Ordnung wiederhergestellt sind und die Entwaffnung durchgeführt ist.

Die Lage in Braunschweig.

Braunschweig, 27. Februar. (Fig. Drahtber.) Beide sozialistischen Fraktionen des Landtages haben sich geeinigt auf einer Arbeitsgemeinschaft. Es ist ein Kabinett gebildet aus 4 Mehrheitssozialisten und 4 Unabhängigen. Der Genosse Dertter (U. S. V.) ist Minister des Innern und der Finanzen. Er hat weiter den Vorsitz des Kabinetts und repräsentiert das Land Braunschweig nach außen. Gegen diese Einigung sind verschiedene Widerstände zu verzeichnen. Es sind auch einige Protestveranstaltungen gewesen, jedoch ein Teil der Arbeiter hat sich entschlossen, nicht Gehörspolitik zu treiben, sondern sich klütern und klar auf den Boden der gegebenen Tatsachen zu stellen. Sie wollen aber auch die Tätigkeit der Volksbeauftragten aufs schärfste überwachen.

Die Betriebsausschüsse der Fabriken der Stadt Braunschweig haben folgende Entschlieung angenommen:

„Die am 23. Februar 1919 im Landshaus tagende Verlamnung der Betriebsausschüsse beschließt, unter den gegebenen Verhältnissen sich mit der Befehung der Kommissariate abzufinden. Die Vertreter der Betriebsausschüsse verpflichten sich, die Tätigkeit der Volksbeauftragten zu überwachen. Bei der Feststellung, daß einzelne Kommissariate ihre Schuldigkeit bei dem Vorwärtstreiben der Revolution nicht tun, wird es dem Landes-Arbeiterrat obliegen, durch Einspruch die Entscheidung des Landes herbeizuführen.“

Die Richtlinien der Braunschweiger Regierung.

Braunschweig, 27. Februar. Im Landtage ließ heute vormittag der Raj der Volksbeauftragten durch den Volkskommissar Dertter eine längere Erklärung über die Richtlinien seiner Politik abgeben. Die Erklärung deckt sich in den wichtigsten Punkten mit der von den bürgerlichen Parteien beistig angegriffenen Programmrede des Landesrates bei Eröffnung des Landtages. Eingangspunkt der heutige Erklärung des Rates der Volksbeauftragten, daß der Freistaat Braunschweig ein Glied des Deutschen Reiches sei und daß der Landtag demnächst ein Mitglied für den Staatenaustritt zu wählen habe. Den Entwurf einer endgültigen Verfassung werde die Regierung dem Landtage vorerst nicht vorlegen, da ein solcher Entwurf von der allgemeinen Regelung der Verhältnisse im Reich und von dem Plane der Schaffung einer Bundesrepublik Niederfachens abhängig sei.

Sturm in Weimar.

Die Bogen der Streikbewegung, die Weimar von der Umwelt fast vollständig abgeschlossen haben, haben die Ruhe der Weimarer Herren empfindlich gestört. Sie ahnen, daß sie vor wärtigen Ereignissen stehen. Da sie nicht wissen, was der nächste Tag ihnen bringt, suchen sie die Verhandlungen zu beschleunigen. Für Donnerstag waren deshalb zwei Sitzungen anberaumt. Die Vormittagsverhandlungen mit der dritten Beratung der Vorlage über die neue Reichswehr gaben dem Genossen Braß Gelegenheit, zu zeigen, daß gegenwärtige Volkswirtschaft und Gewalt die Mittel im Kampf gegen die Arbeiter seien. Seine Anknüpfung, in die er eine Schilderung des Streiks im Ruhrgebiet einflachte, erregte den lebhaftesten Unwillen der in ihrer Ruhe ansehnlichen Herren. Aber sowohl der Genosse Braß, wie Genosse Dr. Cohn, der nach ihm das Wort ergriff, ließen sich nicht beirren. Amfiken Cohn und Koske entsand sich eine erregte Auseinandersetzung über die Verwendung der Gelder der russischen Genossen für die Aweide der deutschen Revolution. Hierbei suchten die rechtssozialistischen Herren abzustreiten, daß sie selbst im Jahre 1906 die russische Revolution mit ihren Geldern gefördert haben. Was sie damals mit Stolz taten, deren Klammern sie sich heute.

Die Nachmittagsitzung brachte die Beratung des Uebereinkommens. Der Antrag der Unabhängigen auf Kommissionsberatung wurde abgelehnt und das Gesetz gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Deutschnationalen auch in zweiter Lesung angenommen.

17. Sitzung vom Donnerstag, 27. Februar, vorm. 10 Uhr.

Zur dritten Lesung steht der Gesetzentwurf über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr.

Abg. Dr. Meißner (Centr.) verlangt, daß das aktive Unteroffizierskorps das Rückrat der neuen Truppe bildet.

Abg. Braß (U. Soz.): Die Regierung will offensichtlich Gewalt gegen Gewalt setzen. (Sehr richtig! und ch.) Durch Schauerberichte wird eine Stimmung des Volkes gegen Spontankrieg erzeugt. (Wachen.) Die das weitere Anwachsen von Spontankrieg fördert die Regierung selbst. (Zuruf: Das russische Gold.) Die Streiks im Ruhrgebiet waren reine Lohnkämpfe. (Zuruf: Zur Sache.) Außerdem handelte es sich um die Durchsetzung der Sozialisierung. (Zuruf: Zur Sache.) Wir haben gegen den Ausbruch von Generalstreik gewirkt. (Zuruf: Der Sozialdemokrat: Das Gegenüber haben Sie getan! — Der Präsident ruff den Redner zur Sache.) Die Truppen sollen zur Wiederholung der Arbeiterkraft benutzt werden. (Widerpruch.)

— Abg. Sacke (Soz.): Die Verhandlungen haben den Streik nicht bewirkt. — Sehr richtig! bei den Soz.) Sozialdemokratische Kundgebungen haben zum Streik aufgerufen. (Zuruf: bei den Soz.: Gerechtigkeit! Ihre Gehet!) Einzelne Personen können so etwas nicht anrichten.

Präsident Hehrendach ruff den Redner zum zweiten Mal zur Sache. (Abg. Düweller (U. Soz.): Das nennt man unpartheiische Geschäftsführung! — Abg. Düweller erhält hierfür einen Ordnungsruf.)

Abg. Braß (fortfahrend): Die Reichswehr ist das unangenehmste Instrument zur Schaffung der Ordnung. (Zuruf: b. d. Soz.: Nur leid wohl geeigneter!) Die Arbeiter haben revolutionisiert nicht nur aus Gründen der politischen, sondern auch der wirtschaftlichen Demokratie. (Wachen.) Glauben Sie, daß auch die Vorstände in Mitteldeutschland das Wort einiger Deber haben? (Sehr richtig!) Auch wir sind Gegner der Aufsicht. (Wachen.) Früher waren gerade die Sozialdemokraten gegen das Eingreifen des Militärs in wirtschaftliche Kämpfe. (Zuruf: b. d. Soz.: Da gab es auch keine Handbraten!) Das Sozialistengesetz erlebte jetzt eine Renaissance. Lediglich haben Maßnahmen von Koske in der Hand. Besondere verschiedene Legitimationen und sind für alle Fälle gerüstet. (Zuruf: b. d. Soz.: Wie Koske!) Sogar im Parlamentarium haben sich Koskische an mich herangedrängt. Das Edenhotel in Berlin ist der Sitz dieser verbrecherischen Politik. Der Spiegel im Parlamentarium hat mir alle Pläne gegen die mittelständischen Vergarbeiter enthüllt. (Zuruf: b. d. Soz.: Das haben Sie geglaubt!) Die Reichswehr sollte gegen die Verbrecherröhre im Edenhotel verwendet werden. (Zuruf: b. d. Soz.: Eichhorn!) Wir werden die Arbeiter über die wahren Zwecke der Reichswehr aufklären. (Wachen.)

Abg. Lauerenz (Deutschnat. So.) fordert eine Besserstellung der Militärangehörigen.

Abg. Schoppell (Soz.): Es ist eine Verleumdung, daß die Reichswehr gegen die Arbeiter verwendet werden soll. Wir denken gar nicht daran, die Reichswehr im Wirtschaftskampf aufzubieten.

Reichsminister Koske: Zu der Arbeitergeschichte. (Seiterfeit) über Einzelneinzelheiten kann ich nur erklären, daß selbstverständlich die Reichsregierung eine feierliche Aufgabe in dieser Richtung gegeben hat. Die vorgetragenen Beschuldigungen werden nicht weiter verfolgt werden. Herr Dr. Cohn, der mir zuerst, daß die Reichsregierung diese Sozialwirtschaftliche Werk, kann ja am besten über die russischen Münzwerke Auskunft geben. (Stimmliche Aufrufe bei den U. Soz.) Wir wissen, daß russische Renten und russisches Geld aus dem Reich im Laufe in Sorge gesetzten Bewegung eine Rolle spielen. Wir selbst würden Verbrechen an unserem Volke sein, wenn wir nicht dafür sorgten, daß diesem Verbrechen ein Ende bereitet wird.

Abg. Braß (U. Soz.): Daß ich den Streik provoziert hätte, ist eine alte Unwahrheit. (Munche b. d. Soz.) Anfangs kam ich auf meine Intervention der Generalstreik nicht an. (Wachen b. d. Soz.) Der Redner verliest ein längeres Schreiben aus der Streikbewegung. (Schwache Schlußrufe.) Der Abg. Thiele hat geradezu bewiesen, daß die Kodivibelmirakel von oben herab betriebs wird. (Widerpruch b. d. Soz.) Es ist gerade ein Verdacht des Heiner Arbeiter- und Soldatenrat, daß die Zustände nicht noch schlimmer geworden sind. (Wachen.)

Präsident Hehrendach ruff den Abg. Braß zur Ordnung, weil er dem Abg. Schoppell wissentliche Unwahrheit vorzugesagt hat.

Abg. Schoppell (Soz.): Die unabhängige Presse und die Redner der Unabhängigen haben fortwährend zum politischen Generalstreik aufgerufen. In dieser Weise sabotiert man die Errungenschaften der Revolution. (Sehr richtig!) Erst ist eine von den Unabhängigen beherrschte Stab. Vor einer halben Stunde wurde mir aus Erfurt gemeldet, daß dort alle Fabriken mit Maschinenzweckern und Pantalonatenmertern besetzt sind, und daß die Arbeiter mit Wassergewalt aus den Fabriken entfernt wurden. (Hört, hört!) Erst ist aber nicht sozialistisch, sondern unabhängig. Die aufgeregten Massen übergeben jetzt schon die Führung der Unabhängigen.

Abg. Ose (Soz.): Der Generalkommissionsbeschluf ist in einer sehr einkerkelten Delegiertenversammlung gefaßt worden, die lediglich von Unabhängigen und Sozialisten besetzt war. (Hört, hört!) Auf der Konferenz am 18. Februar hielt sich Herand, daß die unehrliche Mehrheit der Abgeordnetenbevollmächtigten gegen den Generalkommissionar war. Von 200 Verehrern verließen 914 die Konferenz, weil ihnen die Abstimmung über einen Antrag gegen den überleiteten Mittelweimer Beschluf unmöglich gemacht worden war. Mit nur 170 Stimmen ist dann der unbeschränkte Generalstreik beschlossen worden.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Auf dem Jänner Vortag vom 1913 hat die Sozialdemokratie den Klassenstreik

ausdrücklich als politisches Kampfmittel in ihr Waffenarsenal aufgenommen. Es wäre doch unmöglich gewesen, im Ruhrgebiet die Massen der Streikenden im Stich zu lassen. (Hört, hört: Sie wollten ja gar nicht streiken!) Heute billigen es die Regierungsozialisten, wenn gegen Streikende die Maschinenwerke ausgefahren werden (Lautes Widersprechen und stürmische Unterbrechung bei den Soz.)

Präsident Hehrendach: Ich bezweifle, daß das deutsche Volk an diesem Vormittag seine Rechte hat. (Sehr richtig!) Es wird jetzt überhaupt nicht mehr zum Webergesetz geredet, weil Herr Cohn andere Fragen angefaßt hat. Ich werde in Zukunft die Ordnung des Hauses strenger handhaben (Weisfall.)

Abg. Dr. Cohn (fortfahrend): Minister Koske hat die Unwahrheit gesagt, wenn er bestritt, daß die Verpflegung der Weimarer Landesjäger besser sei als die normale mobile Verpflegung. Was die Bekämpfung betrifft, ich hätte russische Gelder empfangen, so habe ich diese Dinge in meiner öffentlichen Erklärung vom 23. Dezember in der 'Freiheit' vollständig klar gestellt. Als am 5. November der russische Volkstaifer Josse die Aufforderung erhielt, Berlin zu verlassen, übernahm er mit aller Reichtlichkeit der Volktaifer eine runde Million, um die Gehälter der dreihundert Angehörigen der Volktaifer weiter zu bezahlen (Nach für Eichhorn! Sehr gut!) und die übrigen Verpflichtungen der Volktaifer zu beden. 10 1/2 Millionen Rubel, die bei Werbestellen lagen, sollten für die Unterstützung der russischen abgewanderten Revolutionen verwendet werden. Ich bezaure, daß ich während 20 000 Mark für politische Zwecke, für Flugblätter usw. verwenden konnte; nur zwei Zeitungen habe ich einen kleinen Betrag gezahlt, damit sie sich eine gewisse schnelle anschaufen konnten. Haben denn die bürgerlichen Parteien und die Reichsozialisten ihre Verantwortung vergessen? Mit deutschem Gelde sind Taten zum Bruch ihres Namens eides verurteilt worden. Durch meine Hände ist kein russisches Regierungsgeld geflossen. Josse hat mir nur Parteigeld gegeben. (Lautes Geschrei.) Wer in dieser Sache noch gegen mich auftritt, ist ein Vagabund. (Weisfall b. d. Soz. Unruhe u. Widerspruch b. d. Mehrheit)

Reichsminister Koske: Das alte Heer ist unbrauchbar geworden, wir mühten Arbeiterverbände aufstellen. Herr Cohn aber dieser Ordnungstreue, kennt kein eirrigeres Bemühen, als die Truppen vor dem Lande, besonders vor der Arbeiterschaft zu diskreditieren. Herr Cohn und seine Freunde wollen der Regierung jede Waffe aus der Hand nehmen; in Berliner Versammlungen haben sie den Eintritt in die Arbeiterverbände propagiert, damit sich eines Tages die Gewehre umdrehen, und die Arbeiterverbände aufeinanderweprennt werden. Die Tatsache steht fest, daß Josse die Parteifreunde des Herrn Cohn Gosse und Boris als Säuer gebrandmarkt hat, weil sie in Abrede gestellt hatten, russische Gelder in Empfang genommen zu haben. Die Tatsache steht fest, daß Gosse hinterher erklärt hat, er sei ein so harmloses Gemüt (Seiterfeit), daß er angenommen habe, daß die Hunderttausende von Mark, die in die Hände Josse gelangt wurden, von deutschen Konsularen gegeben worden seien, aufgerechnet zu dem Zweck, damit ihre Arbeiter ihnen den Hals umdrehen. (Gerregte Aufrufe bei den U. Soz.: Das hat er nicht gesagt, das ist eine Lüge! — Präsident Hehrendach ruff den Abg. Cohn wegen dieses Jurist zur Ordnung.) Ein Vorwurf, der von Herrn Cohn kommt, trifft nicht zu. (Präsident Hehrendach: Herr Reichsminister, auch diese Bemerkung eines Mitglieds des Hauses gegenüber ist unangemessen, ich rufe Sie.) Gosse hat erklärt, daß er niemals russisches Geld in Empfang genommen habe. Daraus habe ich nie gewußt, aber unbestritten ist, daß Boris russische Gelder in Empfang genommen hat zur Entlohnung des Vorkriegsbesatzes in Deutschland. Nun frage ich diese Gemütsmenschen da drüben (zu den U. Soz.), die uns immer wieder einen Vorwurf machen, wenn wir vor der Gewalt nicht zurücktreten: zu welchem Zwecke laßt Ihr damals den Arbeitern die Pistolen in die Hand geben? Die Pistolen waren mit russischem Gelde angekauft, doch nur zu dem Zweck, gegen die eigenen Volksgenossen den Kampf zu führen. (Wachen.) Und da kommen Sie jetzt und machen uns einen Vorwurf daraus, daß wir versuchen, die große Masse der Bevölkerung vor Gewalt zu schützen. Das ist ein Maß von Heuchelei, wie es keiner und keiner gar nicht gedacht werden kann. Die Herren von der unabhängigen Sozialdemokratie möhen sich wenden und drehen, wie sie wollen: die Empfangnahme dieses russischen Geldes und seine Verwendung ist ein so peinliches Kapitel für sie, daß sie niemals inbunde sein werden, sich vor dem deutschen Volke dafür zu rechtfertigen. (Weisfall.) Ein Schlussantrag wird angenommen.

Abg. Jundusch (Z.) stellt in persönllicher Bemerkung fest, daß von den Hunderttausenden von Mitgliedern des christlichen Vergarbeiterverbandes nicht ein einziges für den Streik gewesen ist. (Hört, hört!)

Abg. Braun (Soz.): Von einer Unterstützung der russischen Revolution durch deutsche Parteigenossen weiß ich nichts. (Abg. Frau Birch: Was für eine? — Gedächtnis!) 1908 handelte es sich nur um die Unterstützung der Opfer der Revolution, nachdem der Paroxismus die Revolution niedergeschlagen hatte. (Hört, hört!)

Abg. Dr. Cohn (Soz.): Das war selbstverständlich nur ein Vorwand. Ich war Vertrauensmann der Partei und über mein Konto ist das Geld gegangen. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Nichts ist das Vertrauen, damals der Deutschen und nicht der Russen.

Abg. Braun: Bestimmt war das Geld für die Opfer der Revolution, aber es kann ja sein, daß Dr. Cohn es zu anderen Zwecken verwendet hat. (Sehr laut!)

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Das war selbstverständlich nur ein ilion selbst, später für die Opfer der Revolution. (Widerpruch b. d. Soz.) Schämt sich doch nicht eured früheren Antandens.

Die heftigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden sozialdemokratischen Fraktionen geben noch eine Weile weiter. Das Webergesetz wird in dritter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen.

Die Vorlage wegen Zulassung von Hilfsmitteln dem zum Patentamt wird in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt das Rotgesetz für Eisen-Vordringen Die Vorlage wird für die Maßnahmen zur Abhilfe dringender Notstände eine Rechtsgrundlage schaffen.

Das Gesetz wird angenommen.

Darauf wird die Sitzung bis 1/4 Uhr nachmittags unterbrochen.

Nachmittagsitzung.

Zur Beratung steht das Uebergangsgesetz. Anträge der deutschnationalen Volkspartei fordern die Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes und eine möglichst weitgehende Einschränkung des Verwaltungsrechtes. — Anträge der unabhängigen bezwecken eine Einschränkung der Rechte des Reichspräsidenten und des Staatenausschusses.

Reichsjustizminister Landberg wendet sich gegen diese Anträge der deutschnationalen Volkspartei.

Abg. Becker-Rossau (Centr.): Der Tendenz der Vorlage stimmen wir zu.

Reichsarbeitsminister Bauer rechtfertigt den Erfolg der Kranenlosgesetzgebung. Sie war dazu bestimmt, eine Anzahl arbeiterschaftlicher Bestimmungen, die bei Verabschiedung der Reichsarbeitsverordnungen in das Kranenlosgesetz hineingelassen waren, wieder zu befehlen und wendet sich gegen den Antrag Abing, daß alle Verordnungen, die nach dem 10. Februar erlassen sind, ungültig sind.

Abg. Dr. Seepfel (Dem.) befürwortet die Annahme des Antrags Abing.

Abg. Warnmuth (Deutschnat. So.): Die Materie bedarf durch aus kommissariischer Beratung.

Abg. v. Morschy (Dt. Sp.): Das Gesetz ist ein Versuch, die gesetzgeberischen Rechte der Revolution zu legalisieren. Dabei spricht der Reichsminister Landberg von einer gelungenen Revolution. Wir erkennen ein Recht zur Revolution überhaupt nicht an. (Wachen b. d. Soz.) Auch Sie (b. d. Soz.) erkennen ja eine Revolution nicht (schlecht) an, sondern nur die Rechte der Revolution, die Sie selber gemacht haben (Sehr gut! recht!), oder vielmehr die Rechte der Revolution, die Sie gemacht zu haben sich selber einbilden (Wachen und Widerspruch b. d. Soz., Weisfall b. d. Unabh. Soz.) Die ganzen anderen Verordnungen müssen erst gründlich nachgeprüft werden. Wir fordern Ausschußberatung für das Gesetz.

Reichsjustizminister Landberg: Ich habe nicht erwartet, daß der heutige Gesetzentwurf zu hochpolitischen Neben sachen würde. Die Revolution wird sich ruhig gefallen lassen, daß sie von dem Abg. Morschy nicht anerkannt wird. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nur die Geschichte vollkommener lebensunfähiger Völker ist frei von Revolutionen. Die Reichsregierung ist von der Absicht geleitet, die Reichsoberkeit möglichst bald wieder herzustellen. Ich bitte daher, von einer Ausschußberatung abzusehen.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Wir haben wichtige Bedenken gegen den Gesetzentwurf. Er hat tatsächlich einen höchst politischen Charakter und will den Verhandlungen der Volksbeauftragten den Ratel der unehelichen Geburt nehmen. Es ist jetzt aber noch viel zu früh, von einem Abschluß der Revolution zu sprechen. Die von der Regierung beabsichtigte Kodifizierung könnte leicht zu einer Rumifizierung der Revolutionsergebnisse führen. In Bremen erkennt das Gericht die von den Volksbeauftragten vorgenommene Aufhebung der Gesindeordnung einfach nicht an. (Hört, hört! bei den U. Soz.) Wir können nicht ohne weiteres die alten Reichsgerichte bestätigen, z. B. das sehr reformbedürftige Strafgesetzbuch. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Die weritvollen ersten Verordnungen der Volksbeauftragten dürfen nicht einer Zustimmung der Nationalversammlung preisgegeben werden. (Weisfall bei den U. Soz.) Ein Zentrumskonting will den Entwurf Gesetz werden lassen, die einzelnen Verordnungen der Volksbeauftragten aber verschiedenen Ausschüssen zur Nachprüfung überweisen.

Abg. Weibel (Soz.): Die Revolution will ihr Recht und ihren Weg behaupten trotz der Herren Morschy und Genossen. Die Bedenken des Abg. Cohn teilen wir nicht.

Abg. Abing (Dem.): Nach den Ausführungen des Reichsministers Bauer kann ich meinen Antrag nicht aufrecht erhalten, dazu veranlaßt uns vor allem die Gefahr, daß sonst das Webergesetz morgen ablaufen würde. Wir beantragen deshalb, daß alle nach dem 10. Februar 1919 erlassenen und publizierten Verordnungen gültig sein sollen, daß wir aber jeden Tag die Möglichkeit haben, ungültige Verordnungen aufzuheben.

Abg. Behrens (Dt.-Natl. Sp.): Die Verhandlung beweist lediglich, wie notwendig Kommissionsberatung ist.

Damit schließt die 1. Lesung.

Kommissionsberatung der Vorlage wird gegen deutschnationalen und unabhängigen abgelehnt.

Aus einer großen Reihe von Einzelabstimmungen geht schließlich § 1 in folgender Faßung hervor:

Die bisherigen Gesetze und Verordnungen des Reiches bleiben bis auf weiteres in Kraft, soweit ihnen nicht dieses Gesetz oder das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919 entgegensteht. In Kraft bleiben oder treten auch die von dem Räte der Volksbeauftragten oder der Reichsregierung erlassenen und veröffentlichten Verordnungen. Ein Verzeichnis dieser Verordnungen ist der Nationalversammlung inner halb der Frist von einem Monat nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes vorzulegen. Eine Verordnung ist von der Reichsregierung außer Kraft zu setzen, wenn die Nationalversammlung diese innerhalb dreier Monate nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes beschließt. Das Verzeichnis ist im Reichsanzeiger zu veröffentlichen. Verordnungen, die in diesem Verzeichnis fehlen, treten außer Kraft.

Der Antrag Weibel-Mauer-Becker wegen der Nachprüfung der Verordnungen in 3 Ausschüssen wird angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird nach dem Entwurf unter Ablehnung der Anträge Knappe ohne Debatte erledigt. Dem Vorschlage des Vizepräsidenten Kaufmann, sofort auch die 2. Lesung vorzunehmen, widerspricht Abg. Abing (Dem.).

Darauf verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr: Interpellation Kruschel u. Gen., 2. Beratung des Uebergangsgesetzes, 1. Lesung des Verfassungsgesetzes.

Wie die Polen ihre Gefangenen behandeln.

Wir erhalten einen Brief von einem in die Gefangenenshaft der Polen geratenen deutschen Soldaten. Er äußert in starken Worten seine und seiner Mitgefangenen Enttäufung über die Verlogenheit der deutschen Presse, die Grenzgeschichten erfindet über angebliche Gefangenensühndungen durch die Polen. Er schildert als Gegenbeweis seine eigenen Erlebnisnisse in der Gefangenenshaft, wie folgt:

Ich kann Sie sehr wohl nicht einen Augenblick erschrecken, im meldem ich mißhandelt worden bin. Ich wurde verwundet und geriet in Gefangenenshaft. Das war am 11. Januar. Seit dem Tage habe ich nicht ein einziges Mal Marmelade gekriegt; immer nur Butterbrot, Kartoffeln mit Fleisch und Soße. In der Zeit habe ich 12 Pfund zugenommen. Obenfalls wurde ein Kamerad, welcher einen Lungen schuh hatte, durch das aufblasende Tätigkeits des blutenden Arztes am Leben erhalten. Die Kameraden, welche ihr Leben lassen mußten, wurden mit allen Ehren, sogar mit Begleitung einer polnischen Ehrenkompanie beerdigt. Durch solch unwahres Bericht, wie das des 'Berliner Tageblattes', wird uns Gefangenen natürlich der Aufensoht erschwert.

Ich schreibe dies nicht unter dem Druck und Zwang eines polnischen Soldaten, sondern aus eigenem Willen. Bemerken möchte ich noch, daß ich als Gefangener von den polnischen Soldaten Ignorien, was ich doch wirklich nicht verlangen dürfte, genossen oft gekriegt bekom. Mir gefaßt es hier tabellos. Ich bitte nun die rechte Redaktion, diesen Brief genau in Ihrer Zeitung legen zu lassen und hiermit den Wunsch eines deutschen Kriegszelngenen recht bald zu erfüllen."

Die Arbeiterratswahlen in Stettin.

Die Arbeiterratswahlen in Stettin haben den Regierungsozialisten nicht den erhofften vollen Erfolg gebracht. Trotzdem sie durch eine lägenhafte Debe ihren Abhang gegen die Unabhängigen auf die Weine zu bringen suchten und die gewaltige Beamtenenschaft für sie mobilisiert war und fast vollständig für ihre Bitte einstutz und auch die bürgerliche Presse Stimmung für sie gemacht hatte, erlebten sie eine Enttäufung. Die Arbeiter stehen sie im Stich und wollten, soweit sie überhaupt an der Wahl teilnehmen, die unabhängigen Kandidaten, deren Bewerbung fast aus schließlich erbliden. Die Liste der U. S. P. D. erhielt 2798, die Regierungsozialisten 9488 Stimmen. Die letzteren bekommen demnach 29, die U. S. P. D. 8 Sitze. An dem neunten fehlten ihnen nur 21 Stimmen. Der 'Volksbote' schreibt beirrt, daß diese neue Zusammenlegung des Arbeiterrates 'auch kein zuverlässiges Bild von dem Stärkeverhältnis der beiden sozialistischen Richtungen gibt'. Das ist allerdings richtig, aber in einem ungetehrten Sinne, denn selbst der Führer der Rechtssozialisten, Derbert, hat zugeben müssen, daß das von den Stettiner Regierungsozialisten aufgetriebene Arbeiterrats-Wahlrecht 'ein schändliches' geoltes sei.

Mutterschaft

Werden, Geburt, Pflege u. Erziehung des Kindes

von Klara Ebert-Stodinger mit zahlreichen Abbildungen. Gehftet 5.50 Mark, gebunden 6.50 Mark.

Der Mensch

Werden, Sein u. Vergehen

von A. Escherhoff mit zahlreichen Illustrationen. Gehftet 7.50 Mark, gebunden 10.00 Mark.

Vom Eheglück

von H. Zimmermann. Gehftet 3.50 Mark, gebunden 4.50 Mark.

Vom Jüngling zum Mann

von Dr. med. Busch. Gehftet 2.00 Mark, gebunden 3.00 Mark.

Das Geschlechtsleben des Weibes

von Frau Anna Dr. Fischer-Dückmann mit vielen Illustrationen und einem gelegenden Modell des Frauenkörpers. Gehftet 5.00 Mark, gebunden 6.50 Mark.

Geschlechtskrankheiten und Ehe

von Universitäts-Professor Dr. v. Roltschke. Preis 3.00 Mark.

Aufklärende Schriften für die Ehe

Zu beziehen (auch einzeln) durch: Vogler & Co., Buchhandlung, Berlin W 9, Köthener Straße 27, Abteilung 8.

Gefundes Geschlechtsleben

von Prof. Dr. Ribbina. Gehftet 2.50 Mark, gebunden 3.50 Mark.

Ehe und Geschlechtsleben

Gehftet 2.50 Mark, gebunden 3.50 Mark.

Vom Mädchen zur Frau

von Frau Dr. Emmanuelle P. Meyer. Gehftet 3.50 Mark, gebunden 4.50 Mark.

Mann u. Weib

von Dr. G. Mertens. Gehftet 6.00 Mark, gebunden 8.00 Mark.

Was ist der Frau erlaubt, wenn sie liebt

Betrachtung über Weisen und Werden der Frau von Käthe Sturmfeld. Gehftet 2.50 Mark.

Das goldene Familienbuch Die Frau als Hausärztin

von Frau Anna Dr. Fischer-Dückmann. 1036 Seiten, über 500 Illustrationen, 48 Kunstbeilagen und ein Modelalbum von Mann und Frau. Großer Prachtband 36.00 Mark.

Die aufgeklärte Frau Die Frau der Zukunft

von Trudka Bagienk. Gehftet 5.00 Mark, gebunden 6.50 Mark.

Theater und Vergnügen

Volksbühne, Opernhaus, Schauspielhaus, Kommerzspiele, Kleines Schauspielhaus, Lessing-Theater, Deutsches Künstler-Theat., Central-Theater, METROPOL Kabarett, Neues Operettenhaus, Palast-Theater, Der Tröndador, Aurore, Thalia-Theater.

Wintergarten Variétévorstellung

Kleine Anzeigen, Generalverleiher, Achtung! Achtung! Oberschöneweide, Aktuelle Postkarten, Harmonium, Gitarrenzithern, Theater-Verein.

Wilmersdorf

Verkaufe, Konversations-Lexikon, Tuch-Füßschuhe, Piano oder Flügel, (Gartenverkauf), Landrichter, Güterzithern, Theater-Verein.

Wilmersdorf

Verkaufe, Konversations-Lexikon, Tuch-Füßschuhe, Piano oder Flügel, (Gartenverkauf), Landrichter, Güterzithern, Theater-Verein.

Wilmersdorf

Verkaufe, Konversations-Lexikon, Tuch-Füßschuhe, Piano oder Flügel, (Gartenverkauf), Landrichter, Güterzithern, Theater-Verein.

Wilmersdorf

Verkaufe, Konversations-Lexikon, Tuch-Füßschuhe, Piano oder Flügel, (Gartenverkauf), Landrichter, Güterzithern, Theater-Verein.

PIANOS Adam, Münzstr. 16

große Auswahl gebrachter, in eigener Reparaturwerkstatt wie neu herzustellen, sowie neuer Pianos, Panzerplatte, weiße Flügel, Kaplerbespannung 1500 Mark.

Spezial-Behandlung von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden

von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden jeder Art bei Männern und Frauen, spez. voraltete (chronische) Harnleiden u. Ausschläge, nervöse Schwäche, Ehrlich-Hatz-Kuren, Blutuntersuchung, Licht- und Finsen-Behandlung, Quarzsilber-Entziehungskuren, eigenes Kur-Bad für elektrische und medizinische Bäder, ohne Berufsbeschränkung, Getranke Räume für Damen und Herren.

Spezial-Arzt f. Geschlechtsleiden

Spezial-Arzt f. Geschlechtsleiden spez. voraltete, hartnäckige Harnleiden-Ausschläge, Geschwüre, Anschlag, Mundanderrüche, Mannschwäche, Gonen Syphilis, eigene Heilmethode verbunden mit Salvarsan-Kuren, Urin- u. Blutuntersuchungen. In ersten u. zweiten Kur-Jahre ist von Dir. Löser senior, Nur Rosenthaler Straße 68-70 am Rosenthaler Platz, Behandlungszelt 9-1, 4-9, Sonntag 9-1. Separate-Damenzimmer.

Spezial-Behandlung von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden

von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden jeder Art bei Männern und Frauen, Harnröhrenentzündung, Syphilis, Mundanderrüche, Flechten, Fehlgelien, Mannschwäche, Nieren-, Blasenleiden usw. nach Privatrat Dr. Hermanns u. d. gleichen, edlstem Hygiene-Bros möglichst schnell, schmerzlos, ohne Operation u. Herabsetzung, Auch Anwendung der wissenschaftl. anerkannten u. erprobten bewährten künstl. Harnleiden. Auf Wunsch Sanatoriumsbehandlung. Dir. Hermanns, Ebersstr. 42, 1 (4 Min. v. Stern, Hauptbahnhof), Sprechst. 10-12 u. 3-7 Uhr, Sonntag v. 10-11 Uhr vorm.

Spezial-Behandlung von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden

Die Leiter der "Freiheit" heißen wir nochmals darauf hin, daß Abonnement für die "Freiheit", "Republik", und die Wochenchrift "Der Sozialist", in der Expedition P. Schaffranek, Sedanstr. 57 entgegengenommen w. den. Um regen Zuspruch bitten.

Vollversammlung der S.-Käte III. Korps.

Unter Teilnahme von etwa 150 Delegierten aus dem Korpsbezirk III fand am gestrigen Donnerstag im Sitzungssaal des Herrenhauses die Vollversammlung der Soldatenräte statt. Der Vorsitzende des Zentralrates... (text continues)

Rolle, dieses Werkzeug der Reaktion

beseitigt würde, läme morgen ein neuer Kasse an seinen Platz. Abdann erhaltete Laufe den Bericht des Zentralrats... (text continues)

Das Grab der Soldatenräte.

Ein Proteststurm sei losgebrochen, aber man mußte sich der Gewalt beugen. Wir haben auf unsern Schild geschrieben, die Regierung gegen eine eventuelle Konterrevolution zu schützen... (text continues)

Da keine Aussprache über den Bericht gewünscht wurde, kam heute dann auf die Neuwahl des Korpskassentats zu sprechen... (text continues)

In der Aussprache über die Wahl wurde als selbstverständlich vorausgesetzt, daß nur solche Kameraden gewählt werden, die unbedingt...

auf dem Boden des Rätesystems

haben. Eine andere Auffassung sei widersinnig. Ein Kundenschild des Stabes Rüttow fordere auf, nur Kameraden zu wählen, die sich bedingungslos hinter die Regierung stellen... (text continues)

Rätesystem als unentbehrlich

erweisen. Freilich in Berlin gewinne man den Eindruck, daß die Arbeiterkraft unentbehrlich sei, die Dinge fest in der Hand zu behalten... (text continues)

An Punkt 3 „Verschiedenes“ wurde ein Antrag eingebracht, die Besoldigungsgelder von 2,70 auf 5 Mark zu erhöhen... (text continues)

Vorgänge mit dem Korps Rüttow

zu geben. Obwohl der Rottbuser Soldatenrat mit der Regierung in Verhandlung stand, kam diese Kasse plötzlich dorthin und erzwang den Soldatenrat in der brutalsten Weise... (text continues)

für den „Sturm“ mit 20 Mark extra „besohnt“ worden. Sie haben geplündert und gehaust wie wilde Horden... (text continues)

offiziere für sich eine Vereinigung gebildet und um eine Vertretung im Rottbuser Soldatenrat gebeten hatten. Diese ist bewilligt worden... (text continues)

Unteroffiziere als Lauffußel

entpuppten. Sie haben in leicht erkennbarer Absicht Gerüchte über angebliche Spionageumtriebe in Rottbus in Umlauf gebracht... (text continues)

bestimmt und mit der Hundepelleiche mißhandelt

hat. Aber die „Sieger“ erleben keine rechte Freude. Mühsam begeben sie nur zu berechtigtem Mißtrauen und Abscheu... (text continues)

Im weiteren Verlaufe der Aussprache trat wiederholt und mit allem Nachdruck gütig, wie sehr es Kasse verstanden hat, die Äußerungen der Soldatenräte vollständig zu revolutionieren... (text continues)

Von der Garnison Spandau wurde eine Entschädigung vorgelegt, worin die

Ausführung des Generals Rüttow

gefordert wird. In der Begründung sagte Kasse, das ganze traurige Kapitel Rottbus sei als Ausfluß der neugewählten Kommandogewalt anzusehen... (text continues)

Zum Korpskassentat sind die Kameraden Lude, Lindner, Schimmel, Joske, Kante, Kleinschmidt, Cäcilie und Böhl gewählt worden.

Öffener Brief

an den Reichswehrminister Koste.

Herr Minister!

Sobald geht mir eine Verfügung folgenden Inhaltes zu:

Die R. S. W. (Republikanische Soldatenwehr) vom 20. 2. 19. beginnend alle 10 Tage um mindestens 1000 Mann verringern, und zwar so weit, daß sie zunächst von 18 000 Mann im Laufe von zwei Monaten auf 10 000 Mann Stärke sinkt.

(Auszug der Intendantur der Kommandantur J. Nr. 419/2 J. u. 23. 2. 19.)

grg. Koste.

Die R. S. W. wurde Ende November 1918 in ungefähre Stärke von 12 000 Mann, meistens aus Berliner Familienvätern, zum kleinen Teil aus Deutschen der von der Entente besetzten Gebiete bestehend, gegründet... (text continues)

Wir sind die größte organisierte Schuttruppe Berlins mit in geheimer Abkimmung gewählten Führern. Wir wollen unsere Mitglieder, durchweg alte Feldzugssteine, welche viereinhalb Kriegsjahre unter einem furchtbaren System der Unterjochung durchlebten... (text continues)

Wir wollen auf dieser Grundlage einen freien, unabhängigen Soldatenstand aufbauen helfen, ohne ständige Aufopferung und ohne Kadavergehorsam, bis die neue Volkswehr als Pflicht aus der Asche der Revolution entstanden ist.

Kun sollen wir rebuziert werden, in dem Augenblick, wo eine große Menge junger Leute, zum Teil aus der Provinz, nach dem glänzenden Berlin gelockt werden, um Werkzeuge aus ihrem derzeitigen Unterjoch zu verdrängen... (text continues)

Ich möchte mir daher gefallen, an Sie, Herr Minister, folgende drei Fragen zu richten:

- 1. Wegen welcher richterlich die Aufstellung der freiwilligen Verbände Berlins, und weshalb dürfen diese ihre Bestände noch erhöhen, indes die R. S. W. reduziert werden soll.
2. Wer zahlt die Bekleidung in Berlin und der Provinz für diese Verbände?
3. Entsprechend diese Verbände mit ihren Offizieren, Unteroffizieren usw. den Erzeugnissen der Revolution besser als die R. S. W. und wie stehen Sie als Sozialist diesen vorrevolutionären Einrichtungen gegenüber?

Ich bitte Sie, Herr Minister, um Beantwortung dieser für meine Kameraden so brennenden Fragen. Vielleicht ist dies ein Mittel, die Unruhe, welche uns erfährt, zu beseitigen.

Monatlich nur 5 Mark.

E. Marlitts sämtliche Romane

Ungekürzte Gesamtausgabe, 5 Doppelbände in Klaffersformat, fest gebunden 44 M.

Inhalt: Goldelse — Das Geheimnis der alten Ramsell — Das Gelbespringchen — Reichsgräfin Wifela — Die zweite Frau — Im Schillinghof — Im Hause des Kommerzienrats — Die Frau mit den Karfunkelsteinen — Antmanns Waage — Schulmeisters Marie

Lieferung gegen monatliche Zahlungen von 5 Mark

A. Wollbrück & Co., Buchhandlung, Berlin N. Oranienburger Straße 59 [Wolfschloß 30317]

Ich habe Klar und offen gefragt, und bitte um ebensolche Antwort.

Berlin, den 27. 2. 1919.

Willy Röhner, Depotführer des Depot Iga. der Republikanischen Soldatenwehr Berlin, Hannoverstraße 28/29

Gewerkschaftliches.

Die Abrechnung mit der Gewerkschaftspolitik.

Die Politik der Gewerkschaftsvorstände und der Generalkommission während des Krieges konnte nur deshalb so ungehindert betrieben werden, weil der Belagerungsstand und die Zensur die Herren Regien, Bauer, Umbreit, Espart und Genossen in weitgehendstem Maße begünstigte... (text continues)

Mit dieser Gesellschaft muß Abrechnung gehalten werden. Sie fürchtet sich davor. Solange das Korrespondenzblatt der Generalkommission die Kriegspolitik der Generalkommission verteidigte, war alles gut... (text continues)

In offenen Brief: Bestellsch. in von der Umschlag für 5 M. Die Unterzeichnete bestellt hiermit bei der Buchhandlung A. Wollbrück & Co., Berlin.

E. Marlitt Romane

5 Doppelbände, fest gebunden, M. 44- Der Vertrag ist nachzuerkennen — folgt nach Empfang — wird mit monatl. 5 M. gezahlt. — Erfüllungsort ist Berlin-Mitte — Name und Straß mit genauer Wohnungsangabe

Für das Rätesystem.

Am 23. Februar besaßte sich eine hart beladene Versammlung der Mitglieder der Ortsgruppe des Holzarbeiterverbandes mit der Aufstellung der Kandidaten als Delegierte zum Verhandlungsausschuss und Gewerkschafts-Kongress. In einem eingehenden Vortrag über das Rätesystem wies der Referent Karl Siegle zunächst darauf hin, dass schließlich mit den Realisationsmaßnahmen, auch Mehrheitssozialisten genau die Arbeiterärzte Sturm laufen. Und doch könnten nur die Arbeiterärzte die große Aufgabe, die Produktion wieder aufzurichten, lösen. Die Forderung nach Hochhaltung und Ausbau der Arbeiterärzte bedeutet nicht die Spaltung der Gewerkschaften, sondern deren revolutionäre Umgestaltung. Sie sollen Mittel zum Zweck sein, besonders jetzt. Da stellen Tarifverträge, Arbeitgemeinschaften Hindernisse der Bewegungsfreiheit dar. Bedner wandte sich dann gegen die Politik der Gewerkschaften, besonders während des Krieges, und verurteilte die Schwächheit der 'Holzarbeitervereine', die diese Politik unterstützen. Ein neuer Geist müsse da hinein. Die Arbeiterärzte müssen sich zusammenfassen zu einer Einheitsfront. Wir brauchen diese Einheitsfront, aber nur auf der Grundlage eines wahrhaft sozialistischen Programms. Durch die offiziellen Parteien kommt diese Einigung nicht zustande. Die Arbeiterärzte seien die geeigneten Einigungspunkte. Die Holzarbeiter müssten beharrlich vorgehen. In allen Versammlungen müßten sie auftreten und dafür optieren, daß die Arbeiter sich einigen müssen, und zwar ohne die kompromittierten Führer. Die Gewerkschaftsführer arbeiten für die Auslösung mit den Kapitalisten, also für die Wahrung des herrschenden Systems. Bedner erinnert an den Ausbruch des Krieges: es sei kein Bedürfnis mehr für die Arbeiterärzte vorhanden. Wollte man aber die Wahrung des kapitalistischen Systems, dann müßte die Parole sein: 'Ausbau und Festigung des Rätesystems!' Zu der Diskussion wurde von den meisten Rednern dem Referenten zugestimmt. Gegen 2 Stimmen wurde folgende Resolution angenommen.

Die am 23. 2. 19. zahlreich versammelten Mitglieder der vier Ortsgruppen erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie sind nicht weniger in höchster Weise die von der Generalkommission betriebene Kriegspolitik und erklären ihr das Vertrauen. — Sie fordern vom Gewerkschaftskongress die Ableitung der Generalkommission.

Die Versammelten erklären in den Arbeiterärzten eine der größten Errungenschaften der Revolution. Sie sind gewillt, mit allen Mitteln für die Erhaltung und den Ausbau des Rätesystems einzutreten, und fordern die gesetzliche Regelung und Verankerung. Zu Kandidaten als Delegierte zum Verhandlungsausschuss wurden folgende Nennungen gemacht: Boese, Hinski, Siegle, Gimmel, Neuhöfer, Gade, Palm, Berghardt.

Zu Kandidaten als Delegierte zum Gewerkschaftskongress wurde gewählt: Karl Siegle.

Interalliierte Gewerkschaftskongress.

Der Verwaltungsausschuss der Confédération Générale du Travail beschloß grundsätzlich die Abhaltung einer interalliierten Konferenz vor der Einberufung der internationalen Konferenz auf Anfang Mai. Generalsekretär Joubert wird über die bei der Regierung für die Gewerkschaften unternommenen Schritte Bericht erstatten. Die Tagesordnung für die neueste Sitzung des Verwaltungsausschusses wurde wie folgt festgestellt: Schlüsselwort, dessen Anwendungsmethode und Aktionsmittel zu seiner Verwirklichung, internationale Arbeiter-Charta und internationale Gewerkschaftskongress.

Die internationale Konferenz der Seeleute beschloß die Aufstellung einer internationalen Abkommenskonferenz, die der Friedenskonferenz unterbreitet werden soll.

Groß-Berlin.

Aus dem Wilmersdorfer Arbeiterrat.

Der A- und B-Rat hielt am Mittwoch abend in der Aula der Oberrealschule am Seeplatz eine öffentliche Sitzung ab. Sie erstreckte sich einer sehr starken Beteiligung der Einwohnerschaft. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des durch Mordhandlung dahingerafften Genossen Kurt Eisner gelehrt. Die aus Anlaß der Einbürgerung der Leiche Eisners auf Holzmast gestiftete rote Fahne auf dem Rathaus hat der Bürgermeister Peters wieder eingezogen lassen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Bericht über die Sicherheit in Wilmersdorf, bemerkte der Vorsitzende Dr. Holz, daß die Frage durch die Auflösung der Sicherheitswehr in Groß-Berlin, wozu auch Wilmersdorf gehörte, erledigt sei. Der Redner ging dann auf die Verhaftung Wöhrle durch das Militär-Landwehr von der Wilmersdorfer Bürgerwehr näher ein und legte dar, daß die Bürgerwehr keine polizeilichen Befugnisse habe. Das Vorgehen des Landwehr wurde einstimmig scharf verurteilt.

Hilbig schilderte die Verhältnisse im Lebensmittelamt, wozu wir bereits ausführlich berichtet haben. Die Berichtigungen des Magistrats könnten die auf tatsächlichen Material beruhenden Angaben des Arbeiterrats nicht abwälzen, im Gegenteil, sie geben nur noch weitere Kreise der Beamten in Mitleidenschaft. So habe sich herausgestellt, daß der Stadtrat Wenzel Graupen, angeblich verstorben, noch seinem Gute in Grünberg als Viehhalter verfahren habe. In der neuesten Berichtigung des Beamten Frenzel gibt dieser sogar zu, daß die von dem Arbeiterrat angegebenen Beiträge im Lebensmittelamt auch bei der Inventur festgestimmt worden seien. Der Magistrat weigert sich trotzdem immer noch, die in Frage kommenden kompromittierten Beamten zu dispensieren. Die Versorgung der Kranken mit Lebensmitteln wurde rein willkürlich von den einzelnen Beamten betriebelt. Andere Redner, die die Ausführungen des Referenten ergänzten, betonten unter lebhaftem Beifall, daß das Weiterbestehen des Arbeiterrats in Wilmersdorf eine unbedingte Notwendigkeit sei. Die aufgedeckten Missethate und die in Frage kommenden Beamten hätten schneller und gründlicher bestraft werden können, wenn der Arbeiterrat größere Rechte besäße. Die Volksbeauftragten und die Lebensmittelkommission sollen die Angelegenheit weiter verfolgen. Aus den Reihen der Zuhörer wurden wiederholt Stimmen laut, die ein schnelleres und energischeres Vorgehen des Arbeiterrats gewünscht hätten.

Reinhardt berichtete über die Lage des Wohnungswesens. In Kleinwohnungen herrsche ein großer Mangel, da die Stadtwirtschaft die Politik verfolgt, nur teurere Reute in die Stadt zu locken. Durch Umbau von Wohnungen und Geschäften habe der Arbeiterrat bereits eine größere Anzahl geeigneter Wohnräume geschaffen. Die Gewinnung des Scharner-Geländes zum Bau von Kleinwohnungen ließe indessem dem Ministerium für Domänen und Forsten auf Widerstand. Während der frühere Landwirtschaftsminister, unser Genosse Dofer, den Quadratmeter mit 2-3 M. für hoch genug gehalten, werden jetzt 10 M. verlangt. Abgesehen davon, wolle man auch verhindern, daß Arbeiter in dieser Winterzeit angeheult

werden. Dadurch würde, sagte der Geheimrat Dr. Kurz im Ministerium, das Gelände sehr entwertet werden. (!) Wegen Abreise des Ministers konnte die angelegte Sitzung nicht stattfinden. In der Diskussion wurde angeregt, die großen herrschaftlichen Wohnungen aufzuteilen und die Sozialisierung von Grund und Boden anzustreben.

In die Kommission für die Lazarettspende, die noch 17 000 M. besitzt, wurden Jabowski und Hilbig gewählt. Der vorgeschickene Zeit wegen wurde die Sitzung vertagt.

Die Prozesse in Moabit.

In den gestrigen Verhandlungen vor der Strafkammer des Landgerichts I hatten sich ausschließlich Angelegte Jugendlicheren Alters wegen derselben Vergehen des Aufruhrs usw. zu verantworten. Im Gegensatz zu den letzten Prozessen kamen diesmal nur Eingekerkerte zur Aburteilung.

Der 18jährige Angelegte Paul Köplich ist aus purer Neugier mit einem Demonstrationzug ins Polizeipräsidium geraten, dann — weil es ihm Spaß machte — mit einem Postauto zum Reichlichen Telegraphen-Bureau gefahren und dort eine Nacht verbracht, ohne sich über die Tragweite seiner Handlungen tiefere Gedanken zu machen. Das Gericht erkannte auf 6 Monate Gefängnis! Der Gerichtsvollzieher, den Antrag des Verteidigers Dr. Rosenfeld auf Haftentlassung dieses soeben zur Beurteilung abzulehnen, gab dem Verteidiger Veranlassung, das Gericht in seiner jetzigen Zusammensetzung als befangen abzulehnen. Widerspruch doch dieser Beschluß, nicht nur der allgemeinen von den Berliner Gerichten besetzten Uebung, nach welcher erst bei einer Dauer der Freiheitsstrafe von einem Jahre die Verhaftung angeordnet wird, sondern der auch in den Spezialprozessen bisher geübten Praxis, nach der wohl immer Haftentlassung gewährt worden ist, wenn nur noch Strafen von weniger als 6 Monaten zu verbüßen waren. Die Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rocco zeichnet sich auch sonst durch die Härte der bisher verkündeten Urteile besonders aus, indem sie nicht nur in dem Prozeß gegen Heine und Knochen über des beantragte Strafmäß des Staatsanwalts weit hinausgegangen ist, sondern auch gestern im Fall Regel den

Stadtverordnetenwahl Spandau

Sonntag, den 2. März, von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Unabhängige sozialdemokratische Partei Liste Hornig—Köppen.

Antrag des Staatsanwalts von 9 Monaten auf 10 Monate Gefängnis erhöht.) Der noch längerer Verurteilung herbeigeführte Gerichtsbescheid lehnte den Antrag des Verteidigers ab!

Der 18jährige Pader Max Jäger hatte sich nur kurze Zeit im Waisenhaus aufgehalten. Er erhielt 4 Monate Gefängnis — Obwohl der Schneiderlehrling Jaberland nur als Hilfsarbeiter in der Expedition des 'revolutionären Vorwärts' beschäftigt war und ihm keine aktive Beteiligung an den Kämpfen nachgewiesen werden konnte, erkannte das Gericht doch auf eine Strafe von 6 Monaten.

Da der 18jährige Telegraphist Fritz Mahat offen zugab, in das Postgebäude gegangen zu sein, um Mitglieder des Sportklub zu werden, ohne jedoch die Absicht gehabt zu haben, sich an Kämpfen zu beteiligen, wurde er wegen Aufruhr und Landfriedensbruch zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt, während das Verbrechen des 18jährigen Karl Gagen, der angeblich bei Postkuriereinstelle geleistet hat, dem Antrag des Verteidigers folgend freisprach und die Kosten der Staatskasse auferlegte.

Mehrheitssozialisten pumpten einem Hausbesitzerverein 10 000 Mark!

Das wird geschrieben. In Treptow ist wieder einmal ein Ding passiert. Es zeigt in bengalischer Beleuchtung die gemächliche Beerdigung zwischen Regierungsozialisten und Bürgerlichen. Seit Dezember ist von den Höfen der meisten Treptower Wohnhäuser kein Müll abgeholt. Die Wirtschaftsgenossenschaft der Grundbesitzer, der die Müllabfuhr obliegt, verlor vollständig, zieht aber nichtschon weniger von den Hausbesitzern die Abfuhrbeiträge ein. Die Treptower Hausbesitzer beschloßen daher, die Müllabfuhr in eigene Regie zu nehmen, machten dies aber abhängig von der Bewilligung eines zinslos auf zehn Jahre aus Gemeindemitteln zu gewährenden Fusses in Höhe von zehntausend Mark an den Grundbesitzerverein. Sie brachten diesen Antrag so schnell ein, daß er noch vor dem alten Hausbesitzerparlament verhandelt werden konnte, weil ihnen ja dann die Bewilligung sicher war. Dieser Bewilligung haben denn auch die Mehrheitssozialisten von denen Bertha, Maerke und Künze auf der neuen Mandatskandidaten standen und wiedergewählt sind, widerspruchslos zugestimmt mit dem Hinweis auf die gesundheitlichen Gefahren der Müllanhäufung. Diese Gefahren sind ohne weiteres anzuerkennen. Es hat aber bei den Mehrheitssozialisten nicht gereicht zu der Einsicht, daß jeder der über 600 Treptower Hausbesitzer nur 15 Mark herzugeben brauche, um ohne Pump die geforderte Summe zusammenzubringen. Aber selbst dieses geringe Opfer wollten die Treptower Hausbesitzer, die den Krieg glanzvoll überstanden und trotzdem noch die Mieten gestiegen haben, nicht für die Gesundheit der Bevölkerung bringen. Und wozu denn die Bewilligung gleich auf zehn Jahre mit 6000 M. Zinsverlust für die Gemeinde? So haben die Treptower Mehrheitssozialisten für einen höchsten und billigen — Agitationsfonds der Hausbesitzer gefordert. Wir möchten da noch hinzufügen, daß es dann das einfachste gewesen wäre, die Müllabfuhr in die kommunale Regie zu übernehmen. Dieser gangbarste Weg sollte doch Leuten, die sich Sozialdemokraten nennen, in erster Linie eröffnen.

Einquartierung in Hermsdorf.

Was Reglerungsgruppen in Hermsdorf sollen, wissen wir nicht. Nur das wissen wir, daß sie dort sind und sich benehmen wie in Feindesland. Die Truppen brauchen Kohlen. Und da die vorhandenen Kohlen nur für die Bevölkerung am Orte da sind und ihnen ohne weiteres nicht zur Verfügung werden könnten, wurde zu dem einfachen Mittel gegriffen, zu requisieren. Der Arbeiterrat konnte dem Vorkommen, Kohlen zu liefern, nur dann zustimmen, wenn der Einwohnerrat die Kohlen entzogen werden. Und weil er das nicht wollte, kam es zu Differenzen mit dem Genossen Grünberg, dem Mitgliede des Arbeiterrats. Ihm wurde wiederholt mit Verhaftung gedroht. Ein Offizierspostreiter erschien mit zwei bewaffneten Leuten in der Wohnung Grünbergs, um ihn zu verhaften. Aus der Unterhaltung ging hervor, daß die Herrschaften sich sehr obenauf fühlen und meinen, sie seien die Herrscher der Welt. Kohlen können auch nur in Zukunft abgehoben werden, wenn solvel vorhanden sind, daß auch die Einwohnererschaft nicht benachteiligt werden muß. Wie bei der Einquartierung verfahren wird, möchte noch

der Gemeindevorsteher Dieck den Genossen Grünberg aufmerksam machen. Mit dem Offizier war vereinbart worden, daß die Soldaten in Massenquartieren untergebracht werden sollten, weil dadurch Heizmaterial und Beleuchtung gespart wird. Der kommandierende Offizier war auch damit einverstanden, daß die Soldaten verfahren und vor. Bewaffnet mit Handgranaten, aber im Besitz von Quartern zu sein, verlangen sie von den Einwohnern Quartiere. Durch diese Verhaftung und ihre Auftreten eingeschüchtern, müssen die Bürger ihre Zimmer hergeben, und daher kommt es, daß oftmals Tage hindurch Leute Quartiere bewohnen, von denen das Quartieramt nichts weiß.

Es ist doch an der Zeit, daß gegen dieses Gebaren von der Regierung energische Schritte unternommen werden. Oder soll diese Garde die Bevölkerung auch in Zukunft terrorisieren?

Proteste der Arbeiterschaft.

Eine von 3000 gefängigten Arbeitern besuchte Verlekkober-sammlung der Ludw. Loewe u. Co. A.-G. und Typograph G. m. b. H., Berlin NW 37, Lützenstraße 17/19, protestierte im Namen der Menschlichkeit gegen den Versuch des internationalen Imperialismus, das deutsche Volk kulturell und wirtschaftlich zu erdrosseln. Sie appelliert an die Menschlichkeit der gesamten Welt. Das deutsche Volk hat den Krieg nicht gewollt, den seine größtmöglichen Nachschuber angezettelt und mit Blut und Trug über vier Jahre geführt haben. Sie sind bereit, auf Grund der 14 Punkte Wilsons an dem Wiederaufbau der zerstörten Kultur teilzunehmen. Dringend erforderlich ist aber, daß Nahrungsmittel und Rohstoffe geliefert werden, wenn wir nicht zur Grunde gehen sollen. Die Begründung des französischen Ministerpräsidenten, um am 16. Februar noch härtere Waffenstillstandsbedingungen aufzuerlegen, weil Deutschland evtl. Frankreich erneut angreifen würde, trifft in keiner Weise zu. Wir wollen in Eintracht und Frieden mit allen Völkern leben. Wir appellieren an die wieder erwachte Internationale, und die Sünden unserer künftigen Nachschuber anzuerkennen, und dafür nicht leiden zu lassen, und geben uns der Hoffnung hin, daß der in Bern wieder eröffnete internationale Stern auch unsere Brüder jenseits der Sogenannten neutralen Welt, insbesondere appellieren wir an das Gewissen der gesamten Welt, uns unsere Gefangenen herauszugeben. Wir hoffen, daß die internationale Arbeiterschaft es nicht zulassen wird, daß unsere Väter und Brüder, welche einem verurteilten System zum Opfer gefallen sind, noch ihren Lieben vorenthalten, aber gar zu Zwangsarbeiten verurteilt werden. Die Versammelten sprechen den Deutschen Nationalen das Recht ab, sich für unsere Gefangenen zu verwenden, da diese Partei es gebilligt hat, daß feinerseit Belgien, Frankreich und Polen nach Deutschland deportiert wurden.

Wir bitten die Arbeiterschaft Deutschlands, in diesem Sinne zu wirken und geben uns der Hoffnung hin, daß ihr Ruf jenseits der Grenzen nicht unerhört verhallen wird.

Der Rednerkursus der U. S. P. D. Arbeiterärzte findet nicht am Montag, den 3. März, sondern heute, Freitag, den 25. Februar, abends 7 Uhr, im Zimmer 17 des Abgeordnetenhauses statt.

Fractionsauschuss der U. S. P. D. Arbeiterärzte. Palsahn.

Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Groß-Berlin.ämtliche Arbeitslose Samariter werden ersucht, Sonnabend, den 1. März, vormittags 9 Uhr, zum Dienst an der Brandenburger Torwache zur Verteilung sich zu melden. — 1. und 2. Abteilung: Montag, den 3. März, abends 7 Uhr, Fiedlerstraße 15; Sonntag und Montag, abends 7 Uhr, dortselbst. Diejenigen, welche an der Prüfung teilnehmen wollen, haben sich schriftlich beim Vorstehen zu melden.

Arbeiter-Redaktion-Bund „Solidarität“, Ortsgruppe Berlin. Heute, Freitag, abends 7 Uhr pünktlich: Außerordentliche Sitzung und Plenarsitzung, Holzmarktstraße 66 bei Schreiber. — Sonntag, den 3. März: 3. Abteilung: Nachmittagstanz nach Johannishof bei Krüger 'Lindenhof', Friedrichstraße. Start 1 Uhr Kaufher Weg 12. 4. Abteilung: Rad- und Rhythmik nach 'Lindenpark' am Cranzelee. Start 1½ Uhr.

Das Befehlshaberamt des Gardekorps schreibt uns zu dem in Nr. 99 veröffentlichten Artikel 'Das Schmiergeldwesen führt', daß es in dem ersten Buchen bei dem großen Andrang zu dem Kleidungsaustausch leider gewisse Elemente verstanden haben, sich vorzubringen und dann die erhaltene Marken zu verkaufen. Inoffizielle Nachfragen kamen dabei aber nicht in Frage, denn es sei jedem Angestellten des Amtes bei Strafe sofortiger Entlassung verboten, überhaupt Schmiergelder anzunehmen. Sofort nach Bekanntwerden dieser Mängel sind die Marken eingezogen worden und damit diesem Treiben das Handwerk gelegt.

Lebensmittellieferanten.

Berlin. Am 28. Februar, 1. und 2. März werden folgende Mischungen ausgegeben: Auf die „A1“ Marken 1 Liter, auf die „A II“ Marken ¾ Liter, auf die „B1“ Marken ¾ Liter, auf die „B II“ Marken ½ Liter, auf die „C1“ Marken ¼ Liter, auf die „C II“ Marken ¼ Liter. Am 3. März wird für den 2., 4. und 5. März, und am 6. für den 6., 7. und 8. März auf die „C1“ und „C II“ Marken je eine Wäsche Kartonsmischungen herausgegeben. Im übrigen bleibt die Verteilung an diesen Tagen dieselbe. Auf die Branntwein-, Zugwagen- und Sonderkarten wird die auf dem vorerwähnten Mischungen ausgegeben.

Spandan. Als Erfolg für die gefürzte Kartoffelration wird gegen Abtrennung der Abkante 15 und 16 der Kartoffelkarton die je 20 Boche insgesamt 20 Gramm Weizenmehl in den einschlägigen Geschäften ausgegeben. Militärkavalier erhalten die gleiche Menge gegen Abtrennung der Abkante über 1000 Gramm Kartoffeln. Die Felder verkaufen mit Ablauf des 3. März ihre Mäglichkeit. Auf die Abkante der Kartoffelkarte der vorigen Woche gelangen andere Lebensmittel nicht mehr zur Ausgabe. — Wichtiges freigelegt beginnt der Verkauf der inländischen Butter am Butterabkante 8 der Lebensmittelkarte. Auf jeden Abkante werden 75 Gramm zum Preise von 08 Pf. verausgabt. Mit Ablauf von Donnerstag, den 8. März verliert Abkante 8 seine Gültigkeit. — In der Stadt Pilschalle kann wochentags von 9-12 Uhr vormittags gegen Ankerplum der Fleischkarte 1 Pfund gefälschtes Rindfleisch zum Preise von 7.50 M. bezogen werden.

Aus den Organisationen.

Teltow-Brestow.

Seute, Freitag, den 28. Februar, abends 6 Uhr, findet im Kreisbureau, Redaktions-3, Neufuß, eine Sitzung der Delegierten zum Parteitag mit dem Kreisvorstand statt. Es wird um pünktliches Erscheinen aller Beteiligten ersucht. Der Kreisvorsitzer.

Neufuß. Montag, den 3. März, abends 7 Uhr, in der Halle der Realschule, Nollendamm, Versammlung der Kriegerehemnen und Kriegerväter. Um rege Beteiligung wird ersucht.

Potsdam. Freitag abends 7 Uhr bei Hans, Cranzelee, Mitgliederversammlung.

Orientburg. Freitag abends 7 Uhr, in der Halle der Realschule, Nollendamm, Versammlung der Kriegerehemnen und Kriegerväter. Um rege Beteiligung wird ersucht. Der Kreisvorsitzer.